

Pankower Post

Zeitung der bündnisgrünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung



Die Idylle trügt: Der Weiße See leidet wie viele Berliner Gewässer stark unter dem Klimawandel.

DER WEIßE SEE ALS HERAUSFORDERUNG

Klimawandel und Menschen setzen dem Stadtgrün rund um das beliebte Gewässer zu.

Der Weiße See beschäftigt die Kommunalpolitik schon lange. Die erste in der digitalen Zeit leicht auffindbare Erwähnung in der Kommunalpolitik war eine Große Anfrage in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom Juni 2002. Alle früheren Vorgänge verlieren sich in den Tiefen des Alt-Weißenseer Papierarchivs. Aber die Große Anfrage von vor 20 Jahren lässt darauf schließen, dass sich die Probleme rund um den Weißen See kaum verändert haben. Schon damals ging es um den Müll, den Wildbadende rund um den See hinterlassen, die Schäden, die sie der Fontäne im See zugefügt haben, um freilaufende Hunde und darum, was all das den Bezirk kostet.

In der Tat war 2008 die Fontäne dann vollständig kaputt und das Bezirksamt musste die Anfertigung einer neuen mit Hilfe eines Sponsors bewerkstelligen, der im Gegenzug Werbeflächen im Bezirk aufstellen lassen wollte. Insgesamt viel Arbeit für das Amt, aber 2009 zum Blumenfest sprudelte die Fontäne wieder. Auch das beliebte Strandbad Weißensee hatte es nicht leicht. Die Berliner Bäder-Betriebe wollten das Bad nicht betreiben, es musste also ein privater Betreiber gefunden werden. Als er gefunden war, wurde 2017 bei der Errichtung eines Hauses an der Berliner Allee die Abwasserleitung des Bades beschädigt. Die Saison konnte nur verspätet und mit Sanitärcontainern eröffnet werden. Erst Ende 2018 war der Schaden endgültig behoben.

Bezirksmittel reichen nicht

Der Park um den See herum liegt in der Verantwortung des Bezirks Pankow. Die vorhandenen Mittel zur Grünflächenpflege reichen kaum zur Erhaltung des Vorhandenen. Die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands kann nur

mit zusätzlichen Geldern erreicht werden. Nach jahrelangen Mühen des Bezirks stehen diese jetzt zur Verfügung. Aus dem Landeshaushalt bekommt der Bezirk Investitionsmittel, die hoffentlich auch die gegenwärtige Finanzkrise überleben. Zusätzlich gibt es Mittel aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“, die für die Ufersicherung, die Erneuerung der noch aus DDR-Zeiten stammenden Parkbeleuchtung und barrierefreie Parkzugänge und Wegeoberflächen, alles im Nordteil des Parks, verwendet werden können. Die übrigen Parkwege werden aus Mitteln der ehemaligen Parteien und Massenorganisationen der DDR bezahlt. Insgesamt sollen bis 2025 mehr als fünf Millionen Euro für die Verbesserung des Parks ausgegeben werden. Die Planschleife wurde schon erneuert, demnächst sollen der Parkzugang von der Indira-Gandhi-Straße und der Bootssteg folgen. Geplant sind auch die Umgestaltung der Parkterrassen, die Erneuerung des Bereichs rund um die Jaguarskulptur und des ehemaligen Rehgeheges sowie aller Wege im Park.

Wie andere Berliner Gewässer leidet der Weiße See stark unter dem Klimawandel. Der Wasserspiegel ist deutlich gesunken. Es regnet weniger, besonders im Sommer. Die höheren Temperaturen führen zusätzlich zu einer stärkeren Verdunstung aus dem See. Um ihn als Landschaftselement und als Badegewässer zu retten, wurde 2021 ein neuer Tiefbrunnen zur Befüllung des Sees mit Grundwasser gebaut. Die Qualität des Grundwassers ist wegen industrieller Aktivitäten in der Vergangenheit aber so schlecht, dass es vor der Einleitung in den See gereinigt werden muss, damit im See weiterhin gebadet werden kann. Die letztlich künstliche Rettung des Weißen Sees

als Badegewässer durch das Befüllen mit Grundwasser verschärft die Austrocknung des Parks und der weiteren Umgebung – ob das auf Dauer machbar und sinnvoll ist, wird die Stadtgesellschaft in Zukunft entscheiden müssen.

Unfälle, Müll, Vandalismus

Auch die Art, wie der Weiße See und der Park genutzt werden, bedarf einer Debatte. Das Wildbaden zerstört die Uferbereiche. Einige nutzen die Fontäne als Steg und Sprungbrett. Es gab 2022 zwei Badeunfälle, bei denen Wildbadende ums Leben kamen. Die Rettungsschwimmer*innen des Strandbads versuchten noch, zu helfen, und brachten sich dabei selbst in Gefahr. Ein Schwannennest wurde trotz eines schützenden Bauzauns mit Steinen beworfen. In den Grünflächen wird Müll hinterlassen, dessen Entsorgung der Bezirk bezahlen muss – von dem Geld, das eigentlich für die Parkpflege vorgesehen ist. Das Ordnungsamt und ein vom Bezirk bezahlter Wachtschutz sind in der Saison vor Ort präsent. Aber auch das kann nicht jedes Fehlverhalten verhindern – und wer will schon eine permanente Bewachung beim Entspannen im Park? Die Parkregeln sind an allen Parkeingängen sichtbar, und eigentlich ist allen klar, was im Park geht und was nicht – im eigenen Garten oder Hof macht man ja auch nichts kaputt.

Der Bezirk gibt in den kommenden Jahren viel Geld für den Park am Weißen See aus. Ob der Park davon dauerhaft schöner wird und der Weiße See langfristig erhalten werden kann, hängt davon ab, wie die Berlinerinnen und Berliner mit dem Park umgehen.

BVV – EIN JAHR NACH DER WAHL

Am 4. November 2021 kam die Bezirksverordnetenversammlung Pankow zur ersten Sitzung nach der Wahl zusammen. Was geschah dort, was passierte seitdem und was beschäftigte die bündnisgrüne Fraktion im vergangenen Jahr?

» weiterlesen auf Seite 2



© Carmel Fühg

SANIERUNGSGEBIET LANGHANSSTRAßE

Der Langhanskiez ist seit 2021 Sanierungsgebiet. Was bedeutet das? Welche Vorteile bringt das für den Kiez? Welche Veränderungen sind geplant und wie können sich Bewohner*innen einbringen?

» weiterlesen auf Seite 6

KLIMAKRISE, CORONAKRISE, ENERGIEKRISE

Die bündnisgrünen Bezirksstadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler sind bei den Themen Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie in Pankow ganz nah dran. Wie läuft das Krisenmanagement im Bezirk?

» weiterlesen auf Seite 3



© Jonas Teunig/BA Pankow

WEITERE AUSGABEN

Von dieser Zeitung gibt es vier verschiedene regionale Ausgaben. Um die anderen drei auf unserer Website zu lesen, folgen Sie dem Link fraktionen-pankow.de/fraktionszeitung oder scannen Sie einfach den QR-Code mit dem Smartphone!



Almuth Tharan ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

PANKOW: FAST WIE IN EINER NETFLIX-SERIE

Ein Jahr ist es nun her, dass der Linke Sören Benn sich zum Bürgermeister wiederwählen ließ, obwohl er ohne die AfD keine eigene Mehrheit hatte. Was hat sich seitdem in der Bezirkspolitik getan?

Im November 2021 machte Pankow bundesweit Schlagzeilen: „Rathaus of Cards“ titelte eine Zeitung, eine andere nannte den Bürgermeister den Frank Underwood von Pankow – eine Anspielung auf den Politthriller House of Cards. Doch die Netflix-Serie, in der es um Intrigen und Korruption geht, könnte man glücklicherweise nicht in einer Pankower Version drehen. Gleichwohl war ein Tabubruch geschehen.

Der Linken-Bürgermeister Sören Benn war in geheimer Wahl mit den Stimmen der AfD gewählt worden. Jedenfalls sagte das die AfD. Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP sagten, sie hätten ihn nicht gewählt. Linksfraktion und SPD hatten eine Minderheits-Zählgemeinschaft gegründet, um Benn zu wählen. Gemeinsam kamen sie auf 23 Stimmen, ihnen fehlten fünf zur Mehrheit – genauso viele, wie die AfD Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat.

Warum keine rot-rot-grüne Einigung?

Für die Pankowerinnen und Pankower blieb der Vorgang rätselhaft. Bei der Wahl hatten die Bündnisgrünen mit Abstand die meisten Stimmen geholt. Gemeinsam mit Linke und SPD hatten sie eine satte Mehrheit in der BVV. Bei so einem Ergebnis hätte eine Grüne zur Bürgermeisterin gewählt werden sollen. Warum konnten sich die drei Parteien nicht wie auf Landesebene einigen? Auch in Pankow hatten sie lange eine Zählgemeinschaft gebildet und gemeinsam die Politik des Bezirks geprägt.

Für uns Bündnisgrüne kam der Bruch ebenfalls überraschend. Konnten die Linken nicht ertragen, einen weiteren Bezirk an die Bündnisgrünen zu verlieren? Allerdings hatte es schon lange an mehreren Stellen zwischen SPD und Bündnisgrünen geknirscht, an anderer Stelle auch mit den Linken. Vor allem bei der Stadtentwicklung, beim Wohnungsbau, aber auch beim Umgang mit der Insolvenz des Kinos Colosseum.

Weitere Informationen

Zur Situation am Pankower Tor, an der Greifswalder Straße und an der



Werneuchener Wiese finden Sie auf unserer Website ausführliche Texte in den einzelnen Regionalausgaben dieser Zeitung. Folgen Sie einfach dem Link über diesen QR-Code.

Alle Parteien sind sich einig, dass in Pankow dringend Wohnraum gebraucht wird. Aber wie und wo, darüber gibt es Streit. Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass ökologisch gebaut wird: Das bedeutet nicht einfach nur, dass Solarzellen aufs Dach kommen und möglichst nachwachsende Rohstoffe verwendet werden. Wir wollen verdichtete, urbane Stadtquartiere mit viel allgemein zugänglichen Grünflächen, also hoch bauen, damit nicht so viel Fläche versiegelt wird. Urban heißt: gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und Geschäfte, die man zu Fuß erreichen kann, damit die Bewohner*innen das Auto möglichst selten oder am besten gar nicht brauchen. Was wir nicht wollen, sind sich weit ins Land ausdehnende Einfamilienhäuser und Einkaufszentren auf der grünen Wiese.

Hier gibt es immer wieder Streit mit anderen Fraktionen, insbesondere auch mit Linken und SPD. Am Pankower Tor waren wir die Einzigen, die sich gegen den Bau einer Shopping Mall und zweier Möbelhäuser einsetzten – wir finden, eins ist mehr als genug. An der Greifswalder Straße, direkt am S-Bahnhof, wo man aus unserer Sicht perfekt Wohnungen bauen könnte (und keineswegs im Thälmann-Park), blockieren Linke und SPD seit Jahren die Entwicklung und verhindern damit auch den dringend benötigten Schulbau. Im Norden wollen wir den Naturraum erhalten und verhindern, dass dicht an die Schutzgebiete gebaut wird.

Diese Konflikte prägen auch diese Wahlperiode. Allerdings sind wir in der Opposition. Gleichzeitig sind wir die stärkste Fraktion und können uns Mehrheiten suchen. Gerade im sozialen Bereich, für mehr Vielfalt und Arbeitsschutz sowie zum Ausbau von Radwegen können wir oft auf die Unterstützung von Linke und SPD zählen. Gemeinsam mit CDU und FDP treiben wir die Digitalisierung voran und streiten dafür, dass endlich mehr Wohnungen auch im innerstädtischen Bereich gebaut werden.

Es geht um gute Ideen

Keine Mehrheit finden wir leider oft beim Baumschutz. Wir waren die Einzigen, die sich für den Erhalt der Eschenallee an der Werneuchener Wiese eingesetzt haben. Auch beim Klimaschutz sind die anderen Fraktionen oft nicht bereit, weitergehende Forderungen mitzutragen. Dabei liegen die Fronten manches Mal anders, als man denken sollte. So stimmten etwa Linke und SPD gegen einen Antrag von FDP und Bündnisgrünen für die Pflanzung von Bäumen am Thälmann-Denkmal, die den Besucher*innen Schatten spenden sollten. Die CDU stimmte auch dagegen – aber nicht, weil sie die Bäume nicht will, sondern weil sie das Denkmal nicht will.

Bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen in Pankow müssen alle demokratischen Fraktionen aufeinander zugehen. Generell geht es in der Bezirkspolitik oft weniger um Parteiprogramme als um gute Ideen, wie man das Leben für die Bürger*innen in Pankow verbessern kann. Die anderen Fraktionen bringen wertvolle Sichten ein, weil sie andere Teile der Bevölkerung gut kennen. In den Ausschüssen trägt manchmal jede Fraktion eine kleine Verbesserung zu einem Antrag bei. Da sagt die CDU: Es fehlt noch X. Die Linke sagt: Stimmt, aber wo Sie es sagen, Y fehlt auch noch.

In diesem Politikstil sehen wir eine große Chance. Die Bündnisgrüne Partei hat ihre Wurzeln in Basis- und Bürgerbewegungen, wo genau dieser Umgang, das Verhandeln auf einen Konsens hin gepflegt wird. Dabei geht es darum, einen guten Vorschlag noch besser zu machen, das Beste für alle herauszuholen, statt Sieg nur für eine Seite. Auch das ist Bündnisgrüne Politik. Obwohl in der Opposition, können wir diesen Umgang aller Fraktionen miteinander vorantreiben – auch weil wir die stärkste Fraktion sind.



Hannah Wettig ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

KLIMA KONKRET

Beispiel Miniwälder

In Pankow sollen besonders artenreiche Miniwälder in Grünanlagen entstehen. Die Idee dazu hatten die Vereine „BioDiversity“ und „Kiezwald“, die sogar anbieten, selbst Geld über Förderungen aufzutreiben. Eine Testpflanzung auf einem Pankower Schulgelände ist bereits erfolgt, und es gibt Unterstützung von Kleingärtner*innen, Naturschützer*innen und Lehrer*innen – aber das Bezirksamt mauerte bisher. Daher unterstützt die Bündnisgrüne Fraktion nun zwei Anträge, denen der erste von drei BVV-Ausschüssen bereits einstimmig zugestimmt hat.

Miniwälder nutzen die international erprobte Miyawaki-Methode. Dabei werden ausschließlich heimische Arten verwendet und drei bis fünf Setzlinge pro Quadratmeter gepflanzt – also sehr dicht. Das erhöht den Artenreichtum. Schon etwa eine Fläche in der Größe eines Tennisplatzes reicht dafür aus.

Das Besondere: Neben der Funktion für die Klimaanpassung und der Umstellung städtischer Grünflächen auf mehr Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen fördert ein Miniwald auch Umweltbildung. Denn er wird mit Beteiligung von Anwohnenden oder Kindern von naheliegenden Schulen und Kitas geplant, gepflanzt und gepflegt. Schon vor der Pflanzung erhalten Interessierte eine Einführung in Pflanzmethode, Baum- und Bodenkunde. Der Pflanztag ist das Herzstück des Ganzen.

Im Anschluss pflegen und beobachten wechselnde Teams von Schüler*innen oder Anwohnenden das Wäldchen. Die Beobachtung erfolgt nach dem Konzept der Bürger*innen-Wissenschaft, das heißt, Bürger*innen unterstützen mit den erhobenen Daten die Wissenschaft. Diesen ersten Miniwäldern folgen hoffentlich noch viele weitere in Pankow und ganz Berlin.

Axel Lüssow ist Sprecher für Klimaanpassung, Umwelt und Natur in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Beispiel Hagenauer Straße

Die Hagenauer Straße in Prenzlauer Berg ist eine triste Steinpiste. Im Sommer knallt die Sonne erbarmungslos aufs Pflaster und heizt die Straße auf. Kein einziger Baum spendet Schatten. Niemand hält sich hier länger auf. Selbst für den Cafébetrieb scheint die Straße zu unwirtlich, obwohl im schicken Szenekiez zwischen Knaack- und Husemannstraße gelegen.

Anwohner*innen und Klimaschutzinteressierte wollen das ändern. Dafür haben sie 2020 die Initiative „Klimastraße Hagenauer“ gegründet und diskutieren dort Ideen und Wünsche, wie die Straße in eine Klimastraße umgebaut werden soll. Klimastraßen beinhalten einen Mix aus ökologischen Maßnahmen: Begrünung, klimafreundliche Verkehrsgestaltung, Regenwasserbewirtschaftung, Aufenthalts- und Begegnungsräume, Energieeinsparung.

Die Initiative will zudem auf Basis ihrer Erfahrungen einen Leitfaden für weitere Klimastraßen erstellen. Auf Anstoß der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen brachten die Bürger*innen 2021, unterstützt auch von SPD und der Linken, einen Antrag für eine Klimastraße in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein. Auch der Senat will das Modellprojekt. Deshalb erstellt das Bezirksamt aktuell eine Machbarkeitsstudie.

In diesem Rahmen lässt das Bezirksamt derzeit den Zustand der Straße analysieren und führt Verkehrszählungen durch. Das Amt organisiert darüber hinaus Workshops, in denen Anwohner*innen mehrere Varianten zur Umgestaltung der Straße erarbeiten. Wichtig sind dabei die Klimawirkung der künftigen Begrünung und die ökologische Qualität der Maßnahmen, insbesondere die Berücksichtigung von Regenwasserbewirtschaftung. Auch die Mobilität soll für die Straße neu gedacht und konzipiert werden. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen bis Mitte 2023 vorliegen und der BVV vorgestellt werden.

Reemt Heuke ist Sprecher für Klimaschutz in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



Klausurtagung der Bündnisgrünen Fraktion im Februar 2022

„WIR HABEN ALS GESELLSCHAFT DIE JUNGEN MENSCHEN AUS DEM BLICK VERLOREN.“

Die grünen Stadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler erklären im Interview, wie sie ressortübergreifend die Corona-Folgen angehen.

Hannah Wettig: Coronakrise, Energiekrise, Klimakrise – es wird schon von „Kettenkrisen“ gesprochen. Cordelia, was erlebst du im Sozialamt – was machen die Krisen mit den Menschen?

Dr. Cordelia Koch, Stadträtin für Soziales und Gesundheit: Wenn ich ins Frühjahr zurückblicke, als die vielen Tausend Geflüchteten aus der Ukraine kamen und sich lange Schlangen vor dem Sozialamt bildeten – da habe ich ganz viel Empathie und Engagement erlebt sowie eine große Bereitschaft, anzupacken. Da war es spürbar, wie wichtig es allen ist, diese Krise zu überstehen. Uns haben auch sehr viele Freiwillige im Amt geholfen. Nicht nur haben viele Menschen privat Geflüchtete aufgenommen – in Pankow sind auch ganz viele Ehrenamtliche zum Sozialamt gekommen und wollten helfen. Wir haben daraufhin Zelte aufgebaut, wo Freiwillige Tee ausgeschenkt und geholfen haben, Anträge auszufüllen. Dafür gebührt ihnen riesiger Dank. Für meine Mitarbeiter*innen war es ein großer Erfolg, weil wir erstmals so eine Zusammenarbeit zwischen Amt und Bürger*innen organisiert hatten und das toll geklappt hat. Man kann daraus lernen, was alles möglich ist, wenn nur alle wollen und das gemeinsame Ziel erreichen möchten. Das gilt auch für meine Mitarbeiter*innen. Wir haben gemeinsam Großes in Pankow geleistet: 4.500 Menschen in fünf Monaten versorgt – zunächst ohne eine einzige zusätzliche Mitarbeiterin. Inzwischen freuen wir uns, dass man von außen nicht mehr sieht, dass wir ein Problem hatten.

Wettig: Ich sehe bei meinen eigenen Kindern, was die Krisen mit denen machen. Wie erlebst du das im Jugendamt, Cornelius?

Cornelius Bechtler, Stadtrat für Jugend und Familie: Man muss klar sagen, dass wir als Gesellschaft die jungen Menschen eine ganze Zeit aus dem Blick verloren hatten. Das ist ziemlich erschreckend. Wir haben das 2021 schon ein bisschen mitbekommen. Aber jetzt merken wir die

Folgen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen eindeutig. Es gibt Sozialphobien, Angststörungen, Depressionen – und zwar bei manchen in einer Intensität, die erschreckend ist. Wir hatten schon vorher das Problem, dass es nicht genügend Psychotherapieplätze gab. Da muss dringend etwas passieren und damit dürfen die Bezirke nicht alleingelassen werden. Hinzu kommt, Stichwort „Kettenkrisen“, dass es kaum gesellschaftliche Bereiche gibt, die nicht von Krisen betroffen sind. Die entscheidende Aufgabe für uns als Erwachsene ist, dass wir die Kinder und Jugendlichen bei der Bearbeitung dieser Krisen nicht aus dem Blick verlieren.

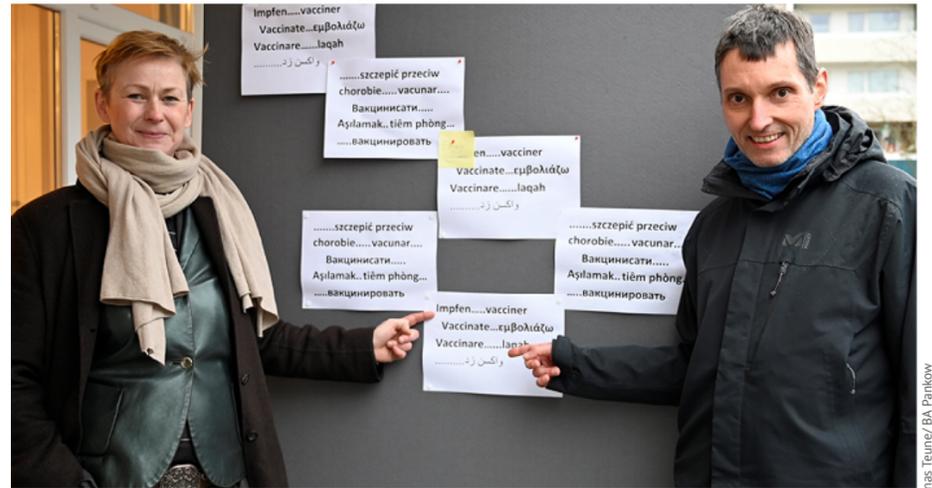
Ganz wichtig ist dabei übrigens auch die Kindergrundsicherung, an der Lisa Paus, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mit Hochdruck arbeitet. Das ist eine ganz wichtige Entlastung für Familien. Gerade jetzt mit den steigenden Kosten fürs Heizen und vieles andere ist das ein wichtiges Signal: Wir wollen Familien entlasten und die Kinder unterstützen!

„Wir haben in Pankow in fünf Monaten 4.500 Geflüchtete aus der Ukraine versorgt.“

– Stadträtin Cordelia Koch

Wettig: Cordelia, du hast einen Plan entwickelt, wie man diese verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche verbinden kann, damit nicht jedes Amt die Krisen für sich bearbeitet?

Koch: Meine Gegenstrategie ist ressortübergreifend. Wir werden eine Ämterrunde zu den Folgen der Pandemie einberufen. Es ist ganz wichtig, dass sich die verschiedenen Ämter austauschen. Derzeit hat jedes seine eigene Strategie. Sozialamt, Jugendamt, Wohnungsamt, Integration, Schule, aber auch Grünanlagen haben alle mit den Folgen der Pandemie zu tun. Aber derzeit



Die bündnisgrünen Stadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler bei einer Impfkation des Bezirks: Impfen ist weiterhin das wichtigste Mittel zur Bekämpfung des Corona-Virus.

gibt es wenig Austausch. Da wir nur begrenzte Mittel haben, ist es umso wichtiger, dass wir eine gemeinsame Strategie entwickeln.

Bechtler: Grünanlagen sind ein wichtiges Stichwort. Ich widme mich da besonders dem Thema Jugendorte. Wir haben während der Pandemie erlebt, wie wichtig öffentliche Treffpunkte für junge Menschen sind, beispielsweise in Parks. Wir brauchen Jugendorte, die von Kindern und Jugendlichen selbst gestaltet werden können.

Wettig: Wie sieht es mit der stärkeren Einbindung von Kindern und Jugendlichen aus – was tut das Jugendamt in dieser Richtung, Cornelius?

Bechtler: Der Bezirk Pankow durchläuft derzeit die Zertifizierung als kinderfreundliche Kommune. Wir stellen gerade einen Aktionsplan auf. Das ist aber nicht nur eine Aufgabe des Jugendamtes, sondern des gesamten Bezirksamtes und aller planenden Ämter.

Wettig: Neben den Kindern und Jugendliche haben besonders viele Senior*innen sehr unter der Coronakrise gelitten, vielfach auch unter der damit einhergehenden Einsamkeit. Jetzt kommt noch die Energiekrise obendrauf. Was tut ihr in diesem Zusammenhang, Cordelia?

Koch: Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Es hieß ja, vulnerable Gruppen sollen besonders geschützt werden. Rückblickend haben wir vielen sicher nicht nur Gutes getan. Im vollstationären Pflegebereich ist gerade ein Gutachten in Arbeit, das die Rechte der Bewohner*innen und ihre Situation betrachtet. Es geht um die Frage, wie man die Einrichtungen ertüchtigen kann, um künftige Vereinsamung zu verhindern und trotzdem die Menschen zu schützen.

Hannah Wettig ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

QUEER IN PANKOW



Pankow war einst das Zentrum für queeres Leben in Ostberlin. In Prenzlauer Berg gründeten 1973 Schwule und Lesben eine eigene Organisation. Der SED-Staat reagierte ablehnend, doch die Netzwerke blieben. Den „Sonntags-Club“, mittlerweile in der Greifenhagener Straße, gibt es bis heute.

Obwohl in den letzten Jahren viel für die Gleichberechtigung queerer Menschen erreicht wurde, sind sie immer noch viel zu oft Zielscheibe von Hasskriminalität und leiden häufiger an stressbedingten Erkrankungen. Laut einer Umfrage hat fast die Hälfte von ihnen in der Schule Mobbing erlebt. Verlässliche Zahlen zur Gewalt gegen queere Menschen gibt es dennoch bislang kaum.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun erfolgreich dafür gesorgt, dass der Bezirk eine*n Beauftragte*n für die Belange queerer Menschen bekommt. Der oder die Beauftragte soll unter anderem Diskriminierung bekämpfen, aber auch queere Projekte unterstützen. Eine breite Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung hat dem von uns initiierten Antrag zugestimmt.

Christoph Göring ist Sprecher für Queerpolitik in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

EIN ORT FÜR ALLE



Pankow hat eine lebendige Zivilgesellschaft. Als bündnisgrüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung unterstützen wir das breite bürgergesellschaftliche Engagement ganz praktisch, indem wir mit vielen Initiativen zusammenarbeiten. Aber auch, indem wir die Rahmenbedingungen für Engagement sichern. Deshalb arbeiten wir an einer konsequenten Anwendung der bezirklichen Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung und der Weiterentwicklung des Bürger*innenhaushalts. Außerdem initiieren wir Projekte, die eine echte Beteiligung für alle Pankower*innen schaffen.

Wir streiten dafür, dass Pankow als geschlechtergerechter Bezirk weiterentwickelt wird – vor allem, indem wir über Aktionspläne und Maßnahmen zum Schutz von Mädchen und Frauen beitragen und die Haushaltspolitik konsequent geschlechter- und diversitätsgerecht weiterentwickeln.

Wir möchten queere Infrastruktur in Pankow weiter bekanntmachen, Mehrsprachigkeit als Qualifikation anerkennen und die Diversität in der Bezirksverwaltung fördern. Dafür haben wir bereits einige Anträge erfolgreich in die BVV eingebracht.

Can Aru ist Sprecher für Digitalisierung und Religionspolitik in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

GEGEN HÄUSLICHE GEWALT

In seltener Einigkeit haben die demokratischen Fraktionen der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen, ihre Novemberversitzung dem Thema häusliche Gewalt zu widmen. Der Mord an Zohra Gul im April hat uns aufgerüttelt. Dass ihre Hilferufe und Anträge auf einstweiligen Schutz ihr nichts nützten, fordert uns dringend zum Handeln auf. Eine umfassende Gewaltschutzstrategie, wie sie die von der Bundesregierung unterzeichnete Istanbul-Konvention fordert – mit einem Ineinandergreifen von Prävention, Intervention, Opferschutz und Sanktion –, gibt es in Pankow bisher nicht.

Darum werden alle Fraktionen anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen auf der BVV am 16. November 2022 Anträge zum Thema Bekämpfung von häuslicher Gewalt einbringen, die zuvor in einer Arbeitsgruppe abgestimmt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will Schulungen für Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften, in denen über Rechte und Hilfsangebote aufgeklärt wird. Im Bereich Prävention fordern wir Angebote zur Täterarbeit in Pankow. Diese kann einen Teil der gesellschaftlichen Reaktion darstellen, Täter zur Verantwortungsübernahme für ihr gewalttätiges Verhalten zu bewegen und eine Verhaltensänderung durch intensive Auseinandersetzung mit den eigenen Verhaltensmustern anzuregen. Täterarbeit gilt unter Experten als eine zentrale Säule der Bekämpfung häuslicher Gewalt. Dennoch sind solche Angebote in den letzten Jahren zurückgegangen. In Berlin gibt es derzeit nur drei Anlaufstellen: In Mitte, Neukölln und Charlottenburg.

Helene Bond ist Sprecherin für Gleichstellung und Soziales in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

HILFE IN DER ENERGIEKRISE

Der Winter steht vor der Tür. Viele Menschen in Pankow blicken wegen der stark gestiegenen Preise mit Sorge auf ihre Energie- und Heizkosten. Wir als Bezirksfraktion sind als Kommunalpolitiker*innen ganz dicht dran an diesen Problemen, haben in dieser Hinsicht aber so gut wie keinen Einfluss.

Hier finden Sie erste Antworten zu Fragen, wenn Sie Hilfe benötigen: berlin.de/energie/faq





© Andrea Vollmer

Engagiert für ihren Wahlkreis: Julia Schneider, direkt gewählte Abgeordnete

Seit fast einem Jahr vertrete ich den Wahlkreis Pankow 7 im Abgeordnetenhaus. Im November 2021 begann meine erste Legislatur als Abgeordnete. Ich hatte eine steile Lernkurve: Wen kontaktiere ich zu welcher Frage, wie laufen Plenarsitzungen ab, wie wird die Ausschussarbeit organisiert und wie arbeitet man am besten mit den Koalitionspartner*innen zusammen? Einige Fragen sind natürlich weiterhin „Work-in-Progress“.

Herausfordernd war der Übergang von meiner Arbeit in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz zum Fraktionsleben. Ich bin weiterhin Landesbeamtin auf Probe, aber nun für die Zeit meines Mandates außer Dienst.

Die Aufgaben

Von meiner Fraktion wurde ich zur Sprecherin für Verwaltung und Personal gewählt. Ich bin Vorsitzende des Unterausschusses Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal. Im Hauptausschuss bin ich für die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport zuständig. Das heißt, ich stelle beispielsweise Fragen zu deren Berichten und Vorlagen. Ich befasse mich mit dem Landeshaushalt und entscheide mit, wo das Geld wofür ausgegeben wird.

Nicht zuletzt bin ich im Umweltausschuss als walddpolitische Sprecherin für die Berliner Forsten zuständig, die der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz als nachgeordnete Behörde unterstehen. Als Mitglied des Fraktionsvorstandes kümmere ich mich außerdem um die Belange der Fraktion, organisiere Diskurs und Austausch. Dabei möchte ich Ostbewusstsein unter den Kolleg*innen fördern und mein Kernthema, die Verbesserung der Berliner Verwaltung, in die Mitte der Fraktion tragen.

Der Werkzeugkoffer

Abgeordneten steht eine Reihe an Instrumenten und Formaten zur Verfügung: Plenarreden und schriftliche Anfragen, Fachgespräche und Arbeitskreise, eigene Gesetzesanträge und Initiativen. Ein Großteil der Arbeit findet in den Ausschüssen statt. Dort wird über Gesetzentwürfe debattiert, der Senat befragt, und es werden Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis angehört.

In meiner ersten Rede im Plenum ging es um die einmalige Corona-Sonderzahlung für Berliner Beamt*innen. Sie haben in der Krise unter herausfordernden Bedingungen genau wie Tarifbeschäftigte unsere Stadt am Laufen gehalten und verdienen deswegen dieselbe (monetäre) Anerkennung.

Ein wichtiger Bestandteil meines Alltags sind zudem Gespräche mit Vertreter*innen verschiedener Organisationen, Initiativen oder Einrichtungen. Mein erster Vor-Ort-Termin führte mich in den Tegeler Forst bei Frohnau. Hier sollen Schneisen in den Wald geschlagen werden, um den Wald mit schwerem Gerät zu bearbeiten. Förster und Anwohnende waren vor Ort und diskutierten über die Maßnahmen. Eine Menge an weiteren Treffen zu all meinen Themen folgte: etwa mit der Industrie- und Handelskammer, mit der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung oder mit dem Naturbildungszentrum Ökowerk.

Die Wahlkreisarbeit

Am häufigsten rede ich aber mit Bürger*innen und Akteur*innen in meinem Wahlkreis. Einen großen Teil meiner Arbeitszeit verbringe ich in Prenzlauer Berg Nord und Weißensee Süd. Mein Wahlkreisbüro befindet sich im C*SPACE. Katja Hellkötter und Jan Siefke, die den Co-Working-Space betreiben, habe ich im Wahlkampf am „Tag der Nachbarn“ kennengelernt und mich direkt in diese Oase am Rande des Langhanskiezes verguckt. Eine ganz besondere, internationale, aber auch lokal verankerte Atmosphäre umfängt die Räumlichkeiten der ehemaligen Möbelfabrik.

Im Wahlkreis bin ich zwar mit meinem Büro präsent, aber ich biete auch Info-Spaziergänge durch das Sanierungsgebiet und Bürger*innensprechstunden an. Hier habe ich ein offenes Ohr für die Sorgen und Wünsche der Nachbarschaft.

Die Erfolge

Eines der Highlights war in diesem Jahr die Arbeit am Doppelhaushalt 2022/23 – mehrere Monate intensiver Verhandlungen. Das Ergebnis lässt sich sehen: Insgesamt 60 Millionen Euro stecken wir in den Berliner Wald – für mehr Klimaresilienz. Besonders stolz bin ich auf meine nun umgesetzte Idee, den Bezirken 30 Millionen Euro zur Stadtverschönerung zur Verfügung zu stellen. Entsigelung und Klimaanpassungsmaßnahmen werden nämlich direkt vor Ort umgesetzt, deswegen freue ich mich sehr über dieses Programm. Geld gibt es auch für die Elektrifizierung des Fuhrparks der Polizei und Feuerwehr und die Sanierung von Dienstgebäuden. Wir investieren in Krankenhäuser und Schulen, sichern Mittel für steigende Energiekosten ab und wirken dem Fachkräftemangel in der Verwaltung entgegen.

Die Aussicht

Die Vielschichtigkeit der aktuellen Krisen fordert uns alle sehr. Sie als Bürger*innen und auch mich als Politikerin. Manches, was gestern noch sinnvoll und fortschrittlich erschien, ist morgen schon längst von tagesaktuellen Ereignissen eingeholt. Das Gefühl, Schienen vor einen rasenden Zug legen zu müssen, begleitet uns alle. Dennoch konzentriere ich mich auf meine Themengebiete: eine funktionierende Stadt mit einer guten Verwaltung, in der Menschen trotz Klimawandel gesund und gut leben können.



Für ein Gesamtdeutschland

Etwa 17 Prozent der Deutschen sind Ostdeutsche – in den Führungsetagen Deutschlands spiegelt sich das nicht wider. Wer sagt, Ost und West, das spiele doch keine Rolle mehr, kommt meistens aus dem Westen – denn dort spielt es tatsächlich kaum noch eine Rolle, warum auch? Viel mehr sind ostdeutsche Realitäten häufig unbekannt, über den Osten wird beiläufig negativ konnotiert gesprochen. Darauf möchte ich aufmerksam machen, denn Ungerechtigkeiten müssen erst bewusst werden, um sie zu beheben.

Wenn wir gegen den Paragraphen 218 demonstrieren, erinnere ich gerne daran, dass es diesen in Ostdeutschland bis zur Wiedervereinigung gar nicht mehr gab; wenn es um Gleichberechtigung und Frauenquoten in einigen Berufen geht, erinnere ich gerne daran, dass in Ostdeutschland Frauen häufig unter einer Doppelbelastung lebten, aber eben auch voll berufstätig waren. Es gibt viele kleine Dinge, die wir nicht vergessen sollten und vielleicht auch als Vorbild für die Bewältigung heutiger Fragestellungen nutzen könnten. Die Anerkennung von Lebensleistungen gehört sicherlich dazu.

NATurnaHE WALDÖKOSYSTEME

Statt Baumplantagen - das Mischwaldprogramm

Fast 20 Prozent der Landesfläche Berlins sind Wald. Damit ist Berlin die grünste deutsche Großstadt und steht mit an der Spitze der walddreichsten Metropolen in Europa.

Der Wald ist sehr wichtig: Waldboden bindet CO₂ und filtert Regenwasser zu Trinkwasser. Der Wald dient als Erholungsort, als Rohstofflieferant, und ist Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten.

Allerdings besteht der Berliner Wald zu 60 Prozent aus Kiefern. Solche Monokultur-Wälder trifft der Klimawandel besonders stark, sie passen sich im Vergleich zu naturnahen Wäldern schlechter an, sind instabiler und anfälliger für Schädlinge und Krankheiten. Auch für Tiere und Pflanzen sind sie weniger attraktiv. Mehrere Dürrejahre in Folge haben gravierende Spuren hinterlassen, denn der Berliner Wald kann sich kaum erholen. Nur noch acht Prozent gelten laut Waldzustandsbericht als intakt.

Dabei leidet der Wald nicht nur unter dem Klimawandel, sondern auch unter den Folgen der Sparpolitik der letzten Jahrzehnte. Ich freue mich, dass wir für die kommenden zwei Jahre eine stattliche Summe Geld für die Berliner Wälder gesichert haben. Mit 3,75 Millionen Euro fördern wir den Umbau zu Mischwäldern, den die Berliner Forsten seit 2012 umsetzen. Mischwälder sind stabiler und vitaler und passen sich besser an den Klimawandel an als etwa Kiefer-Reinpflanzungen.

Der Bucher Forst ist übrigens schon ein Vorzeigewald: Eichen, Buchen, Linden und andere Laubbäume sollen künftig überall in Berlin den einschichtigen Kieferreinbestand ergänzen. Heranwachsende Jungbäume werden geschützt und gepflegt – etwa mit einem Zaun für Wildtiere unzugänglich gemacht. Jährlich werden so ca. 100 Hektar Wald umgebaut. Die Erfolge werden sich naturgemäß erst in Jahrzehnten zeigen, denn ein Wald wächst nicht über Nacht. Umso wichtiger ist es, so schnell wie möglich zu handeln.

Damit die Berliner Forsten ihrer wachsenden Aufgaben gerecht werden, sollen sie personell und finanziell besser ausgestattet werden. Dafür setze ich mich als walddpolitische Sprecherin ein.



© Alexandra Kwassnik

Julia Schneider ist walddpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.

Kontakt und Infos

Julia Schneider, MdB
Wahlkreisbüro im C*Space
Langhansstr. 86 | 13086 Berlin

🌐 juliaschneider.info
☎️ 0152 247 887 99
✉️ julia.schneider@gruene-fraktion.berlin
f @juli.schnei
🐦 @fuer_immer_juli
📷 @juli.schnei

Impressum

Für diese Seite:
Julia Schneider (ViSdP)
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5 | 10111 Berlin

VERKEHRSWENDE IM BUNDESTAG

Das Spiel für Benziner und Diesel ist ab 2035 aus

Ab 2035 dürfen nur noch emissionsfreie PKW neu zugelassen werden. Das ist ein Meilenstein für Antriebswende und Klimaschutz, EU-weit beschlossen. Die Autoindustrie hat dabei längst den Weg zur Elektromobilität eingeschlagen, nun hat sie auch Planungssicherheit. Ohne Druck von Bündnis 90/Die Grünen hätte es den EU-Beschluss so nicht gegeben. Jetzt muss es rasch voran- bzw. weitergehen, etwa beim Aufbau einer landesweiten Ladeinfrastruktur. Denn ...

Verkehrsbereich reißt Klimaziele

Seit Jahren verfehlt der Verkehrssektor seine Klimaschutzziele. Verkehr muss dringlich vermieden, verlagert und dekarbonisiert werden, um hier erfolgreich zu sein. Der Bundesverkehrsminister ist gesetzlich verpflichtet, ein Sofortprogramm vorzulegen, wenn die Ziele wie geschehen gerissen werden. Der Expert*innenrat der Bundesregierung muss das dann auf Tauglichkeit prüfen, hat aber eine Bewertung abgelehnt. Denn die Vorlage taugte nicht. Konsequentes Handeln ist die Aufgabe, und das ist eben nicht mehr nur eine politische, sondern genauso eine rechtliche Frage nach dem Klimaschutzgesetz. Deswegen freue ich mich über die klare Ansage. Weil: Beständiger Teil meiner Arbeit ist es, ebenso gerade gegenüber dem Verkehrsministerium Klimaschutz in aller Deutlichkeit einzufordern, anzuregen und durchzusetzen. Da hilft diese Klarheit aus der Wissenschaft sehr.

Klimaschädliche Subventionen abbauen

Es gibt eine Menge klimafeindlicher Subventionen, das Dienstwagenprivileg in seiner jetzigen Form oder Steuervergünstigungen für Diesel und Kerosin sind solche. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, sie abzubauen. Für die Entfernungspauschale ist jetzt eine soziale und ökologische Umgestaltung im Koalitionsausschuss beschlossen worden – aber auch das ist noch kein gültiges Gesetz. Die Umsetzung muss folgen, auch da hakt es noch in den FDP-geführten Ministerien. Mehr Haushaltsmittel für den Ausbau von Radverkehr und ÖPNV werden als eine Klimaschutzmaßnahme verpuffen, wenn zugleich fossile Verkehrsmittel unvermindert fortgeführt werden.

9-Euro-Ticket inspiriert

Bundesweit wurden mehr als 50 Millionen Tickets verkauft, hinzu kommen 10 Millionen Abos. Ziel ist jetzt ein bundesweites Ticket ab Anfang 2023. Anderthalb Milliarden Euro sind reserviert, wenn die Bundesländer mitziehen und in gleicher Höhe Mittel bereitstellen. Mit drei Milliarden Euro ließe sich z. B. ein bundesweit gültiges 49-Euro-Ticket gut finanzieren. Als Bündnisgrüne machen wir Druck, damit Verkehrsminister Wissing und die Länder rasch eine Einigung hinbekommen. Auch die Berliner RGR-Koalition macht Druck mit dem 29-Euro-Ticket als Übergangslösung bis Dezember. Bei den steigenden Energiepreisen müssen auch mehr Mittel jenseits der Ticketfinanzierung in den Topf, um Angebote im Nah- und Regionalverkehr zu erhalten und auszubauen.



© Julia Bornkessel

Kämpft als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag für Klimaschutz und Verkehrswende: Stefan Gelbhaar

Entlastung für Pendler*innen auch in Berlin und Brandenburg

Mit einem bundesweiten Ticket würden die Grenzen zwischen den Tarifzonen AB und C entfallen. Mit dem Auto vom C-Bereich in den Berliner B-Bereich fahren, um nur das AB-Ticket zu bezahlen: das entfiel. Ziel wäre immer entspannt und direkt der nächste Bahnhof. Staus und Verkehrsspitzen würden reduziert – und auch unnötige Emissionen vermieden.

Dauerkonflikt A100: Weiterbau verhindern!

Wer jedoch mehr Staus haben möchte, der baut die A100 aus: Das ist und bleibt eines der sinnlosesten und teuersten Straßenbauprojekte Deutschlands. Seit vielen Jahren kämpfe ich gegen dieses abwegige Projekt. Für heftige Irritationen sorgte der von einer FDP-Staatssekretärin angekündigte Weiterbau ohne die für solche Projekte vereinbarte Absprache in der Koalition. Vereinbart ist: Der Erhalt von Straßen hat Vorrang vor Neubau. Klar ist auch: Das Klimaschutzgesetz gilt ebenso für den Straßenbau. Beides werde ich geltend machen.

Zwischenfazit?

Viele große Baustellen bestehen, mit Verbrenner-Aus 2035 und dem 9-Euro-Ticket zwei bemerkenswerte Ergebnisse, aber noch viel mehr Arbeit vor uns, insbesondere in Sachen Klimaschutz.

IM OSTEN WAS NEUES?

Ostdeutsche Wahrnehmungen und Einschätzungen brauchen mehr Beachtung in den gesellschaftlichen Debatten, zu oft bestehen in Ost und West getrennte Meinungsräume. Die ostdeutschen Perspektiven müssen bewusster und präziser formuliert werden. Der Bundestag hat nun beschlossen, ein Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation als einen Ort der Begegnung und des Diskurses genau dafür zu schaffen. Die Jury steht, die Standortauswahl wird vorbereitet, mehrere Bewerbungen liegen vor. Gut so, es braucht mehr dieser Räume.

Etwa, um über das Verhältnis zu Russland und den Ukraine-Krieg zu sprechen, über eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung – oder eher Konfliktordnung – für Europa. Das sind einige der Themen bei den kleinen und großen Runden der von mir mitgeleiteten Landesgruppe Ost. Dabei werden die spezifischen Erfahrungen vor und nach 1989/1990 ebenso wie die weiter erheblichen finanziellen Vermögens- und Einkommensunterschiede herausge- und bearbeitet. Aktuell geht es um die Sicherung der Energie- und Gesundheitsversorgung sowie um die Preisentwicklung. Nach der Mindestloohnerhöhung, die gerade im Osten vielen Menschen hilft (einen faden Beigeschmack eingeschlossen), gilt es in diesem Jahr, endlich den Härtefallfonds für ostdeutsche Rentner*innen an den Start zu bringen. Ziel ist es, die besonderen Härten bei der Überleitung des Rentensystems zumindest ein Stück weit anzuerkennen und zu kompensieren. 500 Millionen Euro sind dafür im Haushalt eingestellt – wenn die Bundesländer mitziehen.

Aber auch kommunal machen sich Unterschiede bemerkbar. Wissen Sie, dass nur jede 20. deutsche Städtepartnerschaft aktuell eine Stadt im Osten Europas adressiert? Auch hier werbe ich für einen besseren Austausch, so besteht z. B. zwischen Pankow und dem polnischen Kołobrzeg schon seit 1994 eine lebendige Partnerschaft. Das lässt sich ausbauen – und nicht nur im Ostteil Berlins oder der Republik.

NEUES VOR ORT

Aktuelle Herausforderungen, wie steigende Energiekosten und der Krieg in der Ukraine, betreffen viele direkt in ihrem Alltag. So erlebe ich es auch in Gesprächen, die ich mit den Menschen in Pankow und Berlin führe – etwa Polizei und Feuerwehr, Schulklassen und Sozialverbänden, dem Einzelhandel und großen Produzenten. In meinem Newsletter NEUES VOR ORT berichte ich über diese Begegnungen. Das Format ist kompakt und bündig, mit zwei bis drei aktuellen Themen und den anstehenden Terminen vor Ort.



Newsletter-Abo unter
stefan-gelbhaar.de/news



© Julia Bornkessel

Kommunikativ: Stefan Gelbhaar auf einem Pankower Kinderfest zum Weltspieltag 2022

Kontakt und Infos

Stefan Gelbhaar, MdB
Prenzlauer Berg | Prenzlauer Allee 22 | 10405 Berlin
Alt-Pankow | Berliner Str. 5 | 13187 Berlin

 stefan-gelbhaar.de
 (030) 22 77 24 70
 stefan.gelbhaar@bundestag.de
 @Gelbhaar
 @StefanGelbhaar
 @stefangelbhaar
 GelbhaarStefan

Impressum

Für diese Seite:
Stefan Gelbhaar (ViSdP)
Bündnis 90/Die Grünen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

DER „IRRSINN DER WOCHE“ IN DER WOHNSTADT CARL LEGIEN

Das Bezirksamt begegnet dem Klimawandel mit dem Abholzen von Bäumen. Der Denkmalschutz mache das notwendig, heißt es.

Pankow ist ein grüner Bezirk und soll es bleiben. Wer im Umweltatlas vom Lands Berlin die Zeitfolge der Luftbilder oder das Schlagwort der „Umweltgerechtigkeit“ betrachtet, sieht jedoch: Im wachsenden und verdichteten Bezirk wird der Klimawandel deutliche Auswirkungen haben. Klimaanpassung wird immer wichtiger, um die Folgen von Hitze, Trockenheit und Starkregen zu mindern. Dafür braucht es urbane grüne Infrastruktur.

Die Charta für das Berliner Stadtgrün fasst zusammen: „Das Stadtgrün ist von unschätzbarem Wert als Lebensraum für Pflanzen und Tiere und ebenso wichtig für Klima, Luft und Boden. Vögel erfreuen uns mit ihrem Gesang, Stadtbäume spenden Schatten, Grün- und Wasserflächen kühlen, unversiegelte Böden nehmen Wasser auf. Das Stadtgrün verfügt über vielfältige Möglichkeiten, die Folgen des Klimawandels und extremer Wetterereignisse zu lindern.“

Baumbestand sinkt dramatisch

Neben Grünflächen, grünen Fassaden und Dächern, Sträuchern und Blühwiesen sind Bäume ein zentraler Bestandteil der grünen Infrastruktur. Gerade großkronige Bäume bieten Kühlung und filtern die Luft von Feinstaub. Alte Bäume haben zudem einen hohen Wert für die emotionale Bindung an die Stadtnatur. Die Charta besagt daher, dass die Berliner Straßenbäume als Teil des Berliner Stadtgrüns erhalten und kontinuierlich ergänzt werden sollen. Berlin verliert jedoch Bäume, sowohl im Straßenraum als auch auf Grünflächen. Jeder neu gepflanzte Straßenbaum muss nach dem Baumreport des BUND aktuell mehrere gefällte Bäume ersetzen – das kann nicht funktionieren!

Zentral dafür, grüne Infrastruktur zu fördern, ist die Zivilgesellschaft mit Vereinen und Initiativen. Anwohner*innen sind direkt von Hitze durch fehlende Klimaanpassung betroffen. Sie haben Wissen über lokale Zusammenhänge und engagieren sich oft langfristig. Daher sind neben offiziellen Beteiligungen wie bei Bebauungsplänen mehr frühzeitige und informellere Beteiligungen wichtig. Hierfür hat die Berliner Koalition gerade die Finanzierung des Büros „Pankow beteiligt“ gesichert.

Weitere Informationen

„Realer Irrsinn: Keine Bäume wegen Denkmalschutz“: Beitrag aus der NDR-Sendung extra 3 – einfach den QR-Code mit dem Smartphone scannen!



Wie gut Beteiligung klappt und ob der von Pankow 2021 ausgerufene Klimanotstand tatsächlich beachtet wird, sieht man am besten an konkreten Projekten. Bei der denkmalgeschützten Wohnstadt Carl Legien, östlich der Prenzlauer Allee, macht das Bezirksamt seit einem Jahr leider genau das Gegenteil von dem, was in der Charta festgelegt ist. Die Vorgärten sind im Besitz der öffentlichen Hand, seit langer Zeit spendet eine Reihe von Rotdornen Schatten und Kühlung. Nachdem einige Bäume aufgrund ihres Alters gefällt werden mussten, wurde im Rahmen der „Stadtbaumkampagne“ ein erster Baum nachgepflanzt. Das hielten die Anwohner*innen für eine gute Idee pflanzten zwei weitere Ersatzbäume direkt nach – und gaben dies stolz dem Bezirksamt zur Kenntnis.

Die Reaktion des Bezirksamts folgte prompt und wurde auch in einem vielbeachteten Beitrag in der NDR-Satiresendung „extra 3“ belacht: Das Bezirksamt drohte bis zu 10.000 Euro Strafe an und forderte, die Bäumchen umgehend zu entfernen. Die Erklärung: Der Denkmalschutz, unter dem die gesamte Carl-Legien-Siedlung steht, werde gestört. Die Vorgärten und der Gehweg sollen baumfrei werden oder bleiben, da es zur Entstehungszeit der Siedlung auch so gewesen sei. Allerdings gab es damals auch noch keinen Klimanotstand. Übrigens gab es damals auch noch keine Autoparkplätze – diese seien nach Einschätzung des Bezirksamts allerdings heutzutage selbstverständlich.

Im Schutzzeitraum ausgebuddelt

Nach Presseberichten und dem extra3-Titel „Irrsinn der Woche“ für das Bezirksamt gab es zwar Gespräche, aber keine Lösung. Daher brachten wir für die Anwohner*innen erfolgreich einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein, der eine „Zukunftswerkstatt“ vorsieht. Hier soll mit zuständigen Ämtern, Expert*innen und Zivilgesellschaft gemeinsam besprochen werden, was für Klimaschutz und Klimaanpassung bei einer Neufassung des Landesdenkmalpflegeplans relevant ist und was darüber hinaus auf andere Weise zum Erfolg kommen muss.

Das Bezirksamt schaffte leider lieber Tatsachen. Die Bäumchen sollten so schnell wie möglich weg, noch im Schutzzeitraum des Naturschutzgesetzes sollten sie entfernt werden. Protest des BUND für Umwelt und Naturschutz konnte das verhindern. Dann aber wurden die Bäume ausgegraben. Dazu lud das Amt die Bürger*innen sogar

ein – statt Zukunftswerkstatt bedeutet Bürgerbeteiligung in Pankow offenbar die Aufforderung, den ersten Spatenstich zu tätigen. Ein amtlich gepflanztes Bäumchen wurde übrigens nicht entfernt und stört die Szenerie offenbar nicht.

Der skurrile Vorgang befördert eine Debatte, die in Pankow und ganz Berlin immer wichtiger wird: Mit welchen Zielen hatten die damaligen Architekten bauen wollen, was muss historisch erhalten oder gestaltet werden, was angepasst? Wer entscheidet mit, was notwendig ist, um Versiegelung zu reduzieren und Flächen für Klimaanpassung zu nutzen? Schließlich ist nicht nur in neuen Stadtquartieren ökologisches Bauen notwendig – auch an Gebäuden und auf Flächen im Bestand ist ein Stadttumbau erforderlich, um die Gesundheit der Menschen zu schützen und eine lebenswerte Stadt zu erhalten.

Wir brauchen mehr naturbasierte Lösungen, mit Mehrfachnutzungen von Flächen, und können uns keine Dinosaurier-Politik mehr leisten, wie sie aktuell vom Bezirksamt betrieben wird.



Axel Lüssow ist Sprecher für Klimaanpassung, Umwelt und Natur in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



Denkmalschutz statt Klimaanpassung? Das Bezirksamt beharrt auf dem Abholzen von Bäumen vor den Gebäuden der Legien-Siedlung.

WOHNEN UND ARBEITEN IM LANGHANSKIEZ

Wie soll die Zukunft des Sanierungsgebiets aussehen?

Bereits seit 2017 ist das Gebiet um die Langhansstraße zwischen Prenzlauer Promenade, Berliner Allee, Ostseestraße und Pistoriusstraße soziales Erhaltungsgebiet. Ziel dabei ist der „Schutz der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung“. In solchen Gebieten sind Wohnungsmodernisierungen genehmigungspflichtig. Das gibt dem Bezirksamt die Möglichkeit, übermäßig mietpreistreibende Modernisierungen zu verhindern. In Pankow gibt es 14 solcher Gebiete.

Zusätzlich ist das Gebiet um die Langhansstraße seit Ende 2021 nun auch Sanierungsgebiet. Warum hat das Land Berlin entschieden, ein weiteres Instrument des Baurechts gerade hier anzuwenden? Grund ist die besondere, eigentlich typische Berliner Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Handwerk und Kreativwirtschaft, die in anderen Stadtgebieten bereits verloren gegangen ist. Außerdem weist das Gebiet erhebliche Mängel bei der Versorgung mit Grün- und Spielflächen, aber auch übergroße versiegelte Privatflächen und verwahrloste Ecken auf. Die Einrichtung des Sanierungsgebiets ermöglicht dem Bezirksamt, zusätzliche Fördermittel zu nutzen. Im Fall der Langhansstraße stammen diese aus dem Städtebauförderprogramm „Lebendige Zentren und Quartiere“.

Nutzungskonflikte abbauen

Aus einer Bestandsaufnahme, die 2019 bis 2021 erfolgte, wurden konkrete Ziele und Vorschläge für Maßnahmen entwickelt. Insgesamt sollen das Ortsbild und die gewachsene Nutzungsmischung erhalten bleiben. Zwischen Arbeiten und Wohnen gibt es oft Nutzungskonflikte, etwa Lärm, Geruch oder Erschütterungen. Die Konflikte sollen abgebaut oder vermieden werden, zumal im Gebiet zusätzlicher, auch preiswerter Wohnraum entstehen soll. Andererseits sollen Gewerbeflächen – auch gegen Wohnungsbau – gesichert werden. Das Sanierungsrecht ermöglicht das Zurückstellen von Bauanträgen für ein Jahr, um die Anträge auf Gebietsverträglichkeit zu prüfen.

Die Defizite bei den Grün- und Freiflächen beeinträchtigen die Lebensqualität. Deswegen sollen wohnungsnah neue Freiflächen für alle Altersgruppen geschaffen werden. Zu diesem Zweck konnte das Land Berlin bereits zwei Flächen per Vorkaufsrecht erwerben: in der Jacobsohnstraße 6 und in der Charlottenburger Straße 75. Bestehende Freiflächen sollen aufgewertet werden. Zusätzlich soll auf private Grundstückseigentümer zugegangen werden, um diese zur Entsiegelung von Höfen zu motivieren.

Im Gebiet besteht ein Bedarf an zusätzlichen Kita- und Schulplätzen sowie schulischen Freiflächen. Auch hier konnten zwei Flächen über Vorkaufsrecht erworben werden: die Goethestraße 35 und die Langhansstraße 53, die die Situation der Schule am Hamburger Platz verbessern werden. Mit dem OC23 und dem Maxim gibt es im Gebiet gleich zwei wichtige Kinder- und Jugendeinrichtungen, die der Bezirk weiterentwickeln will. Das kann nachbarschaftliche Konflikte auslösen, mit denen der Bezirk konstruktiv umgehen will, der zugleich aber fest zu den Jugendeinrichtungen steht.

Umverteilung des Straßenraums

Insgesamt macht der öffentliche Raum im Gebiet Langhansstraße nicht den besten Eindruck. Der Straßenraum ist stellenweise überdimensioniert und mit Autos zugestellt, während für Fußgänger*innen und Radfahrende zu wenig Platz bleibt – hier muss umverteilt werden, um die Verkehrssicherheit und die Aufenthaltsqualität für die Anwohnenden zu verbessern. Andere Straßen sind stark von Durchgangsverkehr belastet. Daher ist die Entwicklung eines Verkehrskonzepts vor-

gesehen, das all diese Probleme angeht und die Mobilitätswende auch im Gebiet Langhansstraße voranbringt. Auch die behutsame energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, die Beseitigung von Bodenverschmutzungen und der nachhaltigere Umgang mit Regenwasser sollen angegangen werden.

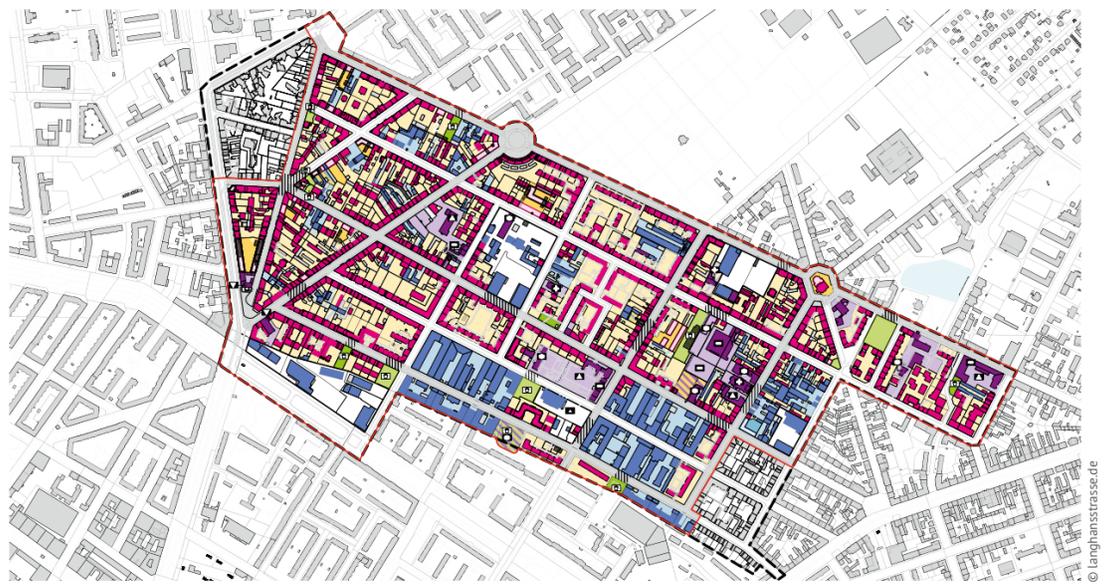
Weitere Informationen

Informationen zum Sanierungsgebiet und zur Stadtteilvertretung unter langhansstrasse.de oder einfach den QR-Code mit dem Smartphone scannen!



Das alles sind Aufgaben für mehrere Jahre. Sanierungsgebiete bestehen so lange, bis die Mängel im Gebiet beseitigt sind. Über die einzelnen Maßnahmen wird nicht hinter verschlossenen Türen entschieden. Gerade wurde die Stadtteilvertretung für das Sanierungsgebiet Langhansstraße gewählt, der Menschen angehören, die hier wohnen oder aktiv sind. Die Stadtteilvertretung bringt die Interessen der im Gebiet Lebenden in

- Überwiegend Wohnen
- Überwiegend Gewerbe
- Gemeinbedarf
- Öffentliche Grünfläche



Soziales Erhaltungsgebiet: die Langhansstraße zwischen Prenzlauer Promenade, Berliner Allee, Ostseestraße und Pistoriusstraße

EHEMALIGES KINO COLOSSEUM BLEIBT KULTURORT

Endlich wieder Kino! Am 5. Oktober öffnete das Colosseum an der Schönhauser Allee mit der Premiere von „In einem Land, das es nicht mehr gibt“ – einem Film über die alternative Modeszene in der DDR – wieder für Cineasten. Eine passende Premiere „in einem Kino, was es nicht mehr gibt“, scherzte der KulturBlog Berlin. Doch das Kino gibt es und es zeigt nun auch wieder Filme: Mitte Oktober fand dort das Human Rights Film Festival statt. Gleich darauf folgte das Ukrainian Film Festival Berlin.

Es ist ein Neustart nach zwei Jahren Leerstand. Nach dem ersten Corona-Lockdown im Frühjahr 2020 hatte das Kino nicht wieder aufgemacht, die Eigentümer hatten Insolvenz angemeldet. Es hieß, sie wollten verkaufen und ein Bürokomplex solle dort entstehen.

Kannibalisierung der Multiplexe

Schon vor der Pandemie war der Betrieb nicht mehr gut gelaufen. Der Filmproduzent Artur Brauner hatte das Kiez kino in den 90er Jahren zusammen mit den angrenzenden Flächen in der Gleimstraße gekauft und daraus einen Kinokomplex mit zehn Sälen gemacht. Wenig später eröffnete nur zehn Gehminuten entfernt in der Kulturbrauerei ein weiteres Multiplex-Kino. Schon damals warnte das Bündnis Prenzlauer Berg, der Vorgänger der Bündnisgrünen, dass zwei so große Kinos in unmittelbarer Nähe sich gegenseitig kannibalisieren würden. Dementsprechend halbierten sich die Zuschauerzahlen in den kommenden Jahren, hinzu kam die wachsende Konkurrenz durch das On-Demand-Angebot der Mediatheken und Streaming-Dienste.

Als Brauner im Sommer 2019 starb, sahen sich die Erben bereits nach Kaufinteressent*innen um. Es war klar, dass niemand dort weiter ein Multiplex-Kino betreiben konnte. Daran würden auch Demos entlassener Mitarbeiter*innen nichts ändern. Die Fraktionen die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) forderten, dass das Land Berlin das Colosseum kaufen solle, um den Kulturstandort zu erhalten. Doch der Senat zeigte kein Interesse an dem Gebäude in teuerster Lage.

Daher kontaktierte die bündnisgrüne BVV-Fraktion den einzigen Kaufinteressenten, die Firma Values Real Estate, um klar zu machen, wie wichtig das Colosseum als Ort für Kultur und Kino für den Bezirk ist. Die damalige Fraktionsvorsitzende Cordelia Koch konnte den Geschäftsführer überzeugen, das Nutzungskonzept zukunftsfähig zu adaptieren, um den Kulturstandort zu erhalten.

Hoffnung auf spannenden Kulturstandort

Inzwischen hat die Firma das Colosseum übernommen und die Pläne machen Hoffnung auf einen spannenden Kulturstandort. Der große, denkmalgeschützte Kinosaal, in dem seit 1924 Filme gezeigt worden waren, wird nun für Premieren und Filmfestivals genutzt und erfährt so eine Aufwertung. Neben zahlreichen kleinen Festivals hat auch die Berlinale Interesse angemeldet. Bis zum geplanten Umbau des stark sanierungsbedürftigen Gebäudekomplexes ab Mitte 2023 werden die Räume auch für Kulturveranstaltungen wie den artspring und Aufführungen der Tanzgruppe „Flying Steps“ genutzt.



Fast 100 Jahre Kino-Tradition: das Colosseum an der Schönhauser

In dem ehemaligen Straßenbahndepot mit Pferdeställen, dem hinteren Teil des Gebäudes, soll ein Atrium mit Glasdach entstehen, in dem auch öffentliche Ausstellungen und Veranstaltungen geplant sind. In den oberen Stockwerken soll hauptsächlich die Kreativ- und Digitalwirtschaft in die neuen Büros einziehen, die nachhaltig umgebaut und möglichst klimaneutral betrieben werden sollen. Wenn die Statik es zulässt, könnte ein Gründach mit Urban Gardening unter anderem für weitere Kultur- und Jugendprojekte genutzt werden.



Almuth Tharan
ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.



Silke Gänger
ist Sprecherin für Kultur in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



Hannah Wettig
ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

WEG VOM AUTO, RAUF AUFS RAD – MOBILITÄTSWENDE IN PANKOW

Die Bündnisgrünen in Pankow haben im Wahlkampf 2021 besonders laut für die Mobilitätswende getrommelt. Mit entsprechend viel Ehrgeiz und großen Erwartungen zu diesem Thema sind wir als Fraktion in die Legislaturperiode gestartet. Der Schock kam schnell: Das Straßen- und Grünflächenamt übernahm Manuela Anders-Granitzki von der CDU. Die SPD bekam das Stadtentwicklungsamt, das einen großen Teil der Verkehrsplanung übernimmt (siehe auch Seite 2). Beide Ämter waren bis 2021 zusammen in bündnisgrüner Hand. Würden die bereits vom früheren grünen Stadtrat in die Spur gebrachten Projekte weitergeführt? Ein Blick ins benachbarte Reinickendorf ließ Schlimmes vermuten. Dort hat sich das Straßen- und Grünflächenamt unter CDU-Führung viele Jahre erfolgreich gegen jede Verbesserung für den Rad- und Fußverkehr gewehrt.

Der Berliner Senat hat im Sommer 2018 mit dem Mobilitätsgesetz eine klare Richtung vorgegeben: Der Straßenraum soll so umgebaut werden, dass Menschen problemlos von ihrem privaten PKW auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen können. Fahrradfahren bietet für viele eine gesunde Alternative. Damit das gelingt, braucht es sichere Infrastruktur für Jung und Alt. Deshalb leitete der damalige bündnisgrüne Stadtrat Vollrad Kuhn ab 2020 die Einrichtung von 20 Fahrradstraßen ein. Sie sollten bis Ende 2023 fertig sein. Die Ossietzkystraße weihte er 2020 selbst noch ein. Doch die Planungen verzögern sich immer mehr. Seit der Wahl 2021 sind gerade mal zwei Fahrradstraßen neu entstanden, die Stargarder Straße und die Oderberger Straße. Die nun zuständige CDU-Stadträtin kündigte an, weitere Fahrradstraßen würden nicht so schnell dazukommen, Personalmangel sei schuld.

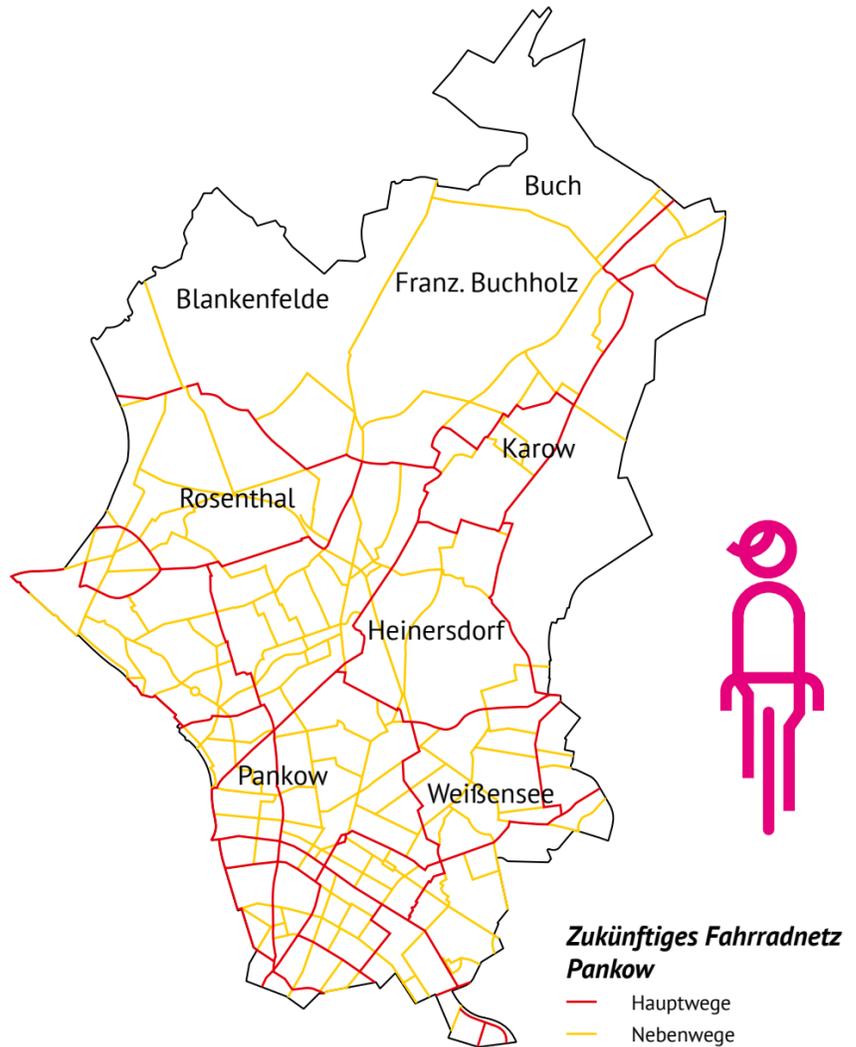
Fahrradstraßen, breite Radwege, Panketrail

Wir Bündnisgrünen kämpfen weiter für mehr Fahrradstraßen. Deshalb schlagen wir vor, Pop-up-Fahrradstraßen zu installieren. Das bedeutet, dass statt umfangreicher baulicher Maßnahmen zunächst nur die Ausschilderung als Fahrradstraße erfolgt. Dadurch wissen Autofahrende

bereits, dass sie in die jeweilige Straße nur als Anlieger*innen hineindürfen. Vor allem aber ist dadurch klar, dass Radfahrende Vorrang haben. Diese erste Maßnahme kann immer weiter verbessert werden, bis eine optimale Fahrradstraße entstanden ist. Neben Fahrradstraßen braucht es den Ausbau geschützter Radwege entlang der Hauptstraßen. Ein großer Erfolg ist der geschützte Radweg an der Schönhauser Allee: Zwischen Eberswalder Straße und Stargarder Straße entsteht 2023 auf der jetzigen Parkspur ein breiter Radweg, auf dem bis zu 10.000 Radfahrende pro Tag endlich genug Platz bekommen. Damit das Radfahren sicherer und attraktiver wird, entstehen noch weitere geschützte Radwege, wie zum Beispiel an der Tino-Schwierzina-Straße in Heinersdorf. Zudem wird mit dem geplanten Panke-trail für alle, die vom Berliner Norden nach Mitte radeln wollen, eine schnelle und bequeme Verbindung entstehen.

Kiezblocks gegen Abkürzungsverkehr

Ein weiterer Baustein der Mobilitätswende besteht darin, dem immer schlimmer werdenden Abkürzungsverkehr durch Wohnstraßen ein Ende zu setzen. Im Frühjahr 2020 luden wir zusammen mit Verkehrsinitiativen dazu ein, in einem Workshop Kiezblock-Konzepte zu entwickeln. Knapp 100 Menschen kamen und ersannen innerhalb eines Monats konkrete Vorschläge, wie durch intelligente Anordnung von Diagonalsperren und Einbahnstraßen in ihren Kiezen der Abkürzungsverkehr künftig unterbunden werden kann: PKW, Rettungswagen, Transportfahrzeuge und Müllabfuhr können zwar weiterhin jeden Ort im jeweiligen Gebiet erreichen, aber eine Durchfahrt als Abkürzung ist nicht mehr möglich. Schon in Kürze wird im Komponistenviertel der Abkürzungsverkehr zwischen der Berliner Allee und der Indira-Gandhi-Straße durch einen Kiezblock abgestellt. Auch im Arnimkiez stehen die Vorarbeiten für einen Kiezblock in den Startlöchern. Diese beiden Kiezblocks sollen dem Bezirksamt als Blaupause dienen – die dort gewonnenen Erfahrungen bei der Umsetzung können helfen, weitere Kieze vom Abkürzungsverkehr zu be-



freien. Im Vergleich mit anderen Bezirken wie Mitte oder Friedrichshain-Kreuzberg ist Pankow aber noch immer viel zu zögerlich: Während im Komponistenviertel zunächst nur ein „Kiezblock Light“ ohne Diagonalsperren errichtet wird, stehen diese im Bellermannkiez in Mitte bereits in großer Anzahl.



Patrizia Flores ist Sprecherin für Fuß- und Radverkehr in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



Jan Drewitz ist Sprecher für Verkehrsberuhigung in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

ROBERT-RÖSSLE-STRAßE WIRD UMBENANNT

Warum im Pankower Ortsteil Buch eine alte Straße einen neuen Namen bekommt.

Nur 150 Meter misst der bezirkseigene Teil der Robert-Rössle-Straße im Stadtteil Buch. Nur wenige Pankower*innen dürften dort jemals gewesen sein. Trotzdem ist sie eine der prominentesten Straßen Pankows – und das sogar weltweit. Denn sie führt zum Medizin-Campus Berlin-Buch, auf dem privaten Gelände windet sie sich um etliche Gebäude und dient als Adresse für viele Firmen und Forschungsinstitutionen. Jetzt soll sie umbenannt werden. Es ist die erste Straßenumbenennung seit den 1990er Jahren. Das Bezirksamt hat die Pankower*innen gebeten, Vorschläge zu schicken. Favoritin ist bisher die Hirnforscherin Cécile Vogt. Im Sommer 2022 hat die Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Umbenennung des öffentlichen Teils der Straße beschlossen. Wer aber war Robert Rössle und warum wird die nach ihm benannte Straße umbenannt? Rössle war von 1929 bis 1948 Professor für Pathologie an der Charité. Als sein Hauptwerk gilt „Zur Pathologie der Familie“. Hierfür hat er unter anderem ganze Familien obduziert, die zum gleichen Zeitpunkt gestorben waren. Das wäre zu einer anderen Zeit in Deutschland kaum möglich gewesen. Denn: Familienmitglieder sterben, außer bei Unfällen, normalerweise über lange Zeiträume hinweg verteilt.

Doch unter dem Nationalsozialismus begingen viele Familien gemeinsam Suizid, um sich der Verfolgung zu entziehen. Offiziell wurden diese Tode als „Unfälle mit Leuchtgas“ beschönigt – nach der damals häufigsten Art, Selbstmord zu

begehen. Kurzum: Rössle nutzte Verbrechen des NS-Regimes für sich und seine Forschung, die es unter anderen Umständen nicht gegeben hätte.

Vier Jahre Debatte

Dem Umbenennungsantrag vorausgegangen war eine lange Diskussion. Kurz vor der Sommerpause im Jahr 2018 hatte die bündnisgrüne Fraktion einen Antrag gestellt, in dem das Bezirksamt gebeten wurde, sich mit der Person Robert Rössle zu beschäftigen und die Voraussetzungen einer Umbenennung der Robert-Rössle-Straße zu prüfen. Darauf folgte ein langer Prozess, der so damals kaum vorhersehbar war. Es gab ausführliche Diskussionen, verschiedene Vorträge, eine Bürger*innenversammlung, viele Ausschussdiskussionen und dutzende Medienberichte zu dem Thema – die Berliner Zeitung widmete der Causa Rössle sogar eine mehrteilige Serie. Die Debatte wurde deshalb so kontrovers geführt, weil Rössle über die NS-Zeit hinaus in Buch gewirkt hatte und die führende Krebsklinik der DDR, mittlerweile aufgegangen im Helios Klinikum Berlin-Buch, nach ihm benannt war. Mit der Geschichte dieser Klinik identifizieren sich viele ältere Bucher*innen. Geschichte dürfe nicht getilgt werden, argumentierten einige. Manche beharrten auch, dass Robert Rössles Verhalten eine solche Umbenennung nicht rechtfertige.

Medizinerin wird Namensgeberin

Niemand in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will Geschichte tilgen, ganz im Gegenteil. Aber die Benennung einer Straße ist eine Ehre – und

man kann nicht jemanden ehren, dessen Hauptwerk zutiefst verstörend ist mit all seinen Fotos vor allem jüdischer Familien, die ihrer Obduktion und Abbildung niemals zugestimmt haben. Auch der Verweis auf das Wirken Rössles in der DDR überzeugt nicht – wenn diese Straße nach jemandem benannt ist, der keine solche Ehre verdient, dann ist das ein Fehler, der korrigiert werden muss. Nun soll die Straße nach einer Medizinerin benannt werden. Es können noch Vorschläge eingereicht werden, neben der Hirnforscherin Cécile Vogt wurden die Kinderheilkundnerinnen Ingeborg Rapoport und Lucie Adelsberger vorgeschlagen. Alle drei waren Pionierinnen auf ihren Gebieten und gehörten zu den ersten Frauen überhaupt, die medizinische Forschung betrieben. Vogt geriet mit den Nazis in Konflikt und zog deshalb von Berlin nach Freiburg. Rapoport emigrierte wegen ihrer jüdischen Herkunft in die USA. Adelsberger, ebenfalls Jüdin, überlebte Auschwitz.



Oliver Jütting ist Vorsteher der BVV Pankow und Bezirksverordneter von Bündnis 90/Die Grünen.

TERMINE BVV-SITZUNGEN

Die BVV-Sitzungen finden in der Regel immer mittwochs um 17.30 Uhr im BVV-Saal in der Fröbelstraße 17 statt.

**16.11.2022 // 14.12.2022
25.01.2023 // 01.03.2023**



Livestream auf YouTube

KONTAKT

- gruene-fraktion-pankow.de
- info@gruene-fraktion-pankow.de
- 030/902 95 50 07
- @GrueneBVVPankow



Newsletter-Anmeldung

Impressum

Die Pankower Post wird herausgegeben von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow Fröbelstraße 17, 10405 Berlin.

ViSdP: Almuth Tharan, Hannah Wettig (Fraktionsvorsitzende)

Redaktion: André Anchueto, Jan Drewitz, Carmel Fuhg

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH auf Recycling-Papier

Gestaltung: grossstadtzoo.de

Diese Zeitung darf nicht für Wahlwerbung verwendet werden.